**Zum Aufruf in der Fragestunde**
**am 9. Juli 2015, 9 Uhr**
**vorgesehene Anfragen**

1) Anfrage **des Abgeordneten Dr. Johannes Jarolim** (SPÖ)
Nr. 152/M an den Bundesminister für Justiz

Wann endlich ist mit einer Vorlage betreffend die allgemein verlangte Sammelklage mit den Zielen Gerichtsentlastung, KonsumentInnenstärkung und Qualitätssicherheit für Produkte zu rechnen?

2) Anfrage **der Abgeordneten Mag. Michaela Steinacker** (ÖVP)
Nr. 138/M an den Bundesminister für Justiz

Welche wesentlichen Änderungen kommen mit der anstehenden Reform des Erbrechts auf die Bürgerinnen und Bürger zu?

3) Anfrage **des Abgeordneten Christian Lausch** (FPÖ)
Nr. 144/M an den Bundesminister für Justiz

Wann wird das Justizpersonal an welchen Justizvollzugsanstalten aufgestockt, zumal Sie zusätzliches Personal versprochen haben?

4) Anfrage **des Abgeordneten Mag. Albert Steinhauser** (GRÜNE)
Nr. 155/M an den Bundesminister für Justiz

Welche konkreten Reformen sind aus Ihrer Sicht als verantwortlicher Bundesminister notwendig, um leistbares Wohnen über das Mietrechtsgesetz wieder sicher zu stellen?

5) Anfrage **des Abgeordneten Christoph Hagen** (STRONACH)
Nr. 151/M an den Bundesminister für Justiz

Warum haben Sie nicht verhindert, dass die Ihrer eigenen Aussage zufolge zu unbestimmte Formulierung betreffend "Po-Grapschen" (sexuelle Belästigung) als Tatbestand nunmehr doch Einzug in das Kriminalstrafrecht findet?

6) Anfrage **des Abgeordneten Mag. Nikolaus Scherak** (NEOS)
Nr. 141/M an den Bundesminister für Justiz

Welche Schritte wurden vom BMJ auf Basis der äußerst negativen Ergebnisse der Studie der Uni Ulm aus 2011 betreffend die Qualität von Gutachten (Kunzl - Qualitätsanalyse österreichischer Gutachten zur Zurechnungsfähigkeit und Gefährlichkeitsprognose von Sexualstraftätern) gesetzt?

7) Anfrage **der Abgeordneten Mag. Ruth Becher** (SPÖ)
Nr. 153/M an den Bundesminister für Justiz

Wie stehen Sie persönlich als Bundesminister zum Regierungsübereinkommen in Bezug auf das Mietrecht insbesondere mit den Parametern Einheitlichkeit, Transparenz, Leistbarkeit und Zurückdrängung der Befristungen?

8) Anfrage **der Abgeordneten Eva-Maria Himmelbauer, BSc** (ÖVP)
Nr. 139/M an den Bundesminister für Justiz

Sehen Sie mit der nun vorliegenden Reform des StGB die Zielsetzung, eine ausgewogene Balance der Strafrahmen zwischen Vermögensdelikten und Delikten gegen Leib und Leben herzustellen, erfüllt?

9) Anfrage **des Abgeordneten Mag. Harald Stefan** (FPÖ)
Nr. 145/M an den Bundesminister für Justiz

Ist der Bestand der Familienprivilegierung gemäß §26a Gerichtsgebührengesetz, nämlich die Berechnung der Eintragungsgebühr vom dreifachen Einheitswert anstatt des Verkehrswertes, gesichert?

10) Anfrage **des Abgeordneten Mag. Albert Steinhauser** (GRÜNE)
Nr. 156/M an den Bundesminister für Justiz

Wie hoch waren die Einsparungen bei den laufenden Kosten, die aufgrund der Zusammenlegung von Bezirksgerichten in den Bundesländern Oberösterreich, Niederösterreich und der Steiermark im Jahr 2014 realisiert wurden?

11) Anfrage **der Abgeordneten Mag. Elisabeth Grossmann** (SPÖ)
Nr. 154/M an den Bundesminister für Justiz

Inwieweit erachten Sie es bei Wegweisungen nach dem Gewaltschutzgesetz für erforderlich, die Täterarbeit zu forcieren und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden zu optimieren?

12) Anfrage **des Abgeordneten Mag. Friedrich Ofenauer** (ÖVP)
Nr. 140/M an den Bundesminister für Justiz

Was erwarten Sie sich von der gesetzlichen Implementierung der bisher im Probebetrieb erfolgreich eingeführten Whistleblower-Homepage